



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 14.05.2024 – Auszug aus Drucksache 19/2214 –

Frage Nummer 18 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter Maximilian Deisenhofer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN)	Ich frage die Staatsregierung, was ist Stand des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Augsburg gegen den schussabgebenden Polizeivollzugsbeamten, wann beginnt der Prozess und inwiefern sind bayerische USK-Beamtinnen und – Beamten – ggf. auch vom Einsatzzug vom 19.08.2023 in Augsburg – rund um die Spiele der Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland eingeplant?
--	--

Antwort des Staatsministeriums der Justiz

Die Staatsanwaltschaft Augsburg schloss die Ermittlungen am 22.01.2024 ab und erhob gegen den Polizeibeamten wegen des Vorwurfs der gefährlichen Körperverletzung im Amt in fünf tateinheitlichen Fällen in Tateinheit mit Sachbeschädigung in zwei tateinheitlichen Fällen Anklage zum Landgericht Augsburg. Einen Termin zur Hauptverhandlung hat das Landgericht noch nicht bestimmt (Stand 14.05.2024).

Nach Mitteilung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration können Einsatzanlässe wie die bevorstehende UEFA EURO 2024, die damit einhergehenden Veranstaltungen, aber auch andere bayernweite Parallellagen nur durch den Einsatz von geschlossenen Einheiten der Bayerischen Polizei bewältigt werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Verwendung des Bayerischen Unterstützungskommandos (USK) während der Turnierphase der UEFA EURO 2024 unabdingbar. Eine detaillierte Kräftevorplanung liegt derzeit noch nicht vor – so kann derzeit noch keine verbindliche Aussage zu einer etwaigen Verwendung des USK und den anderen Einsatzeinheiten getroffen werden.

Gegenüber dem schussabgebenden Beamten besteht weiterhin das ausgesprochene Verbot der Führung der Dienstgeschäfte.

Die übrigen, bei der Schussabgabe unmittelbar anwesenden Beamten werden, bis auf eine Ausnahme, seit Mitte Dezember 2023 wieder bei ihrer Stammdienststelle im Bereich der IV. Bereitschaftspolizeiabteilung Nürnberg verwendet. Einer der Beamten wurde unabhängig von dem Vorfall bereits im Vorfeld auf eigenen Wunsch an eine andere Dienststelle versetzt und wird dort ebenfalls seit Mitte Dezember im Ausbildungsbetrieb eingesetzt.